



Bilanz und Ausblick

Es war ein wahrer Krimi: Am Tag der letzten Landtagswahl in Niedersachsen, am 20. Januar 2013, stand erst spätabends fest, dass die Regierung von CDU und FDP abgewählt war. Zuvor hatte sie zehn Jahre lang, zunächst mit Christian Wulff als Ministerpräsident (MP) und seit Juli 2010 mit David McAllister als MP, die Politik in Niedersachsen bestimmt.

Mit der Konstituierung des Landtags und der Vereidigung der Minister übernahm am 19. Februar 2013 Rot-Grün mit MP Stephan Weil an der Spitze das Ruder. Innenminister ist seitdem Boris Pistorius.

Am 15. Oktober werden die Karten nun wieder neu gemischt. Zeit also, Bilanz zu ziehen: Welche Entscheidungen der Schwarz-Gelben Landesregierung hat die GdP kritisiert? Welche Forderungen hat sie daraus für Rot-Grün abgeleitet? Was hat Rot-Grün erfüllt, was wurde ab-

gelehnt oder offengelassen? Wie war es um die Diskussionskultur bestellt? Ein Ausblick darf dabei natürlich auch nicht fehlen: Wie muss es nach Auffassung der GdP nach der Wahl am 15. Oktober weitergehen?

Rückblick

Bereits am 19. Oktober 2012 kam Boris Pistorius - nur vier Tage, nachdem ihn der SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil als designierten Innenminister vorgestellt hatte - zu einem Treffen mit der GdP nach Hannover. Er wollte wissen, welche Forderungen die GdP stellt und welches die drängendsten Probleme sind. Er bekam dabei eine lange Liste von Themen aufgezählt (siehe Infokasten). Der Innenministerkandidat Boris Pistorius nahm die Themen sehr interessiert auf und bestätigte die Aussage des SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil, unmittelbar nach der Wahl den begrenzenden A-11er-Erlass aufzuheben und ein Sofortprogramm für zusätzliche Beförderun-



Innenminister Boris Pistorius hatte immer ein offenes Ohr für die Anliegen der GdP.

gen nach A 10 und A 11 zu initiieren. Er sagte damals: „Die Aussage, Leistung muss sich lohnen, hat auch für die zu gelten, die auf der Straße und im Einsatz tagtäglich ihren Kopf hinhalten sowie für diejenigen, die schwierige Ermittlungsvorgänge zum Abschluss bringen. Das gilt selbstverständlich auch für den Tarif- und Verwaltungsbereich“.

In einer GdP-Info nach diesem Gespräch bewertete ich das Gespräch als ausgesprochen positiv. Für die Beschäftigten sei es wichtig, dass ein zukünftiger Innenminister des Landes Niedersachsen wieder zuhört und die Probleme der Polizei wirklich ernst nimmt. Hier hatte es von 2003 bis 2013 massive Defizite gegeben.

Nur drei Tage nach der Vereidigung, am 22. Februar 2013, fand dann das erste offizielle Treffen zwischen der GdP und dem frisch gebackenen Innenminister Boris Pistorius statt. Vom ersten bis zum letzten Treffen zog sich eine gute Atmosphäre, in der Sache - wenn notwendig - selbstverständlich auch mit deutlicher Argumentation, wie ein roter Faden durch die Gespräche der vergangenen vier-einhalb Jahre. Ebenso war es mit anderen Akteuren (siehe Kasten Seite 2).

Die GdP bedankt für die Gesprächsbereitschaft, für die guten, konstruktiven Gespräche - auch wenn es mal unterschiedliche Auffassungen gab - sowie für das Engagement und die im Landtag eingebrachten Anträge aller Fraktionen und der Landesregierung für mehr Wertschätzung der Beschäftigten

Die offenen Probleme vor 2013:

- Fortlaufende Belastung der Polizeibeschäftigten und erneute Personaleinsparung nach vorübergehender Verstärkung (1.000er-Programm) von 2005-2008
- Negative Auswirkungen der Föderalismusreform
- Völlig unbefriedigende Beförderungssituation von A 9 nach A 10
- Fehlende Stellenhebungen
- Negatives und begrenzendes Dienstpostenkonzept A 11
- Negativer Umgang mit dem von der GdP erzielten Urteil beim OVG Lüneburg zu Bereitschaftszeiten, Nichteinhaltung der getroffenen Vereinbarung seitens der Landesregierung
- Ungerechtes Beurteilungssystem
- Schlechte Stimmung in der Polizei
- Perspektivlosigkeit für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie für Tarifbeschäftigte
- Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamtinnen und Beamte
- Viel zu geringe DuZ-Zulage
- Wegfall der freien Heilfürsorge (bereits 1998 durch die damalige SPD-Landesregierung beschlossen) sowie weitere Erhöhung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge
- Erhöhung der Lebensarbeitszeit (nach Aussage der Landesregierung zur Finanzierung des Digitalfunks)
- Unzureichende Schutzausstattung
- Schlechte Liegenschaften
- Mangelnde Beteiligung der Beschäftigten und der Personalräte
- Wegfall des pauschalen Bewegungsgeldes
- Unbefriedigende Gesprächskultur von Innenminister Schönemann und sein Umgang mit Gewerkschaften

Fortsetzung auf Seite 2



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion - möglichst per E-Mail oder Datenträger - für die übernächste Ausgabe **12/2017 bis zum 26. Oktober 2017.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Du findest uns auf 
facebook.com/gdp.niedersachsen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Philipp Mantke
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Fortsetzung von Seite 1

ebenso wie für eine bessere Attraktivität aller Tätigkeiten in der Polizei.

Ausdrücklich positiv zu erwähnen ist die offene und konstruktive Art von Innenminister Pistorius. Er steht für eine faire Auseinandersetzung, konnte sich mit einigen schwierigen Themen und Forderungen in der Landesregierung durchsetzen und hat, nach der „Obersticht-Unter-Mentalität“ seines Vorgängers, auch einen innerbetrieblichen Kulturwandel eingeleitet.

Bestandsanalyse

Trotz etlicher Verbesserungen, die basierend auf Forderungen der GdP umgesetzt wurden, gibt es noch viele Themen, die angegangen werden müssen. Die Schuldenbremse, die Haushaltskonsolidierung und die „Schwarze Null“ haben einige Vorhaben oder Ansinnen gebremst. Das Thema Sicherheit ist erst nach den ersten Anschlägen in Europa intensiver in den Fokus der Politik gerückt. Nachvollziehbar ist für die GdP auch, dass nicht alles umgehend verändert werden kann, was von anderen übernommen wurde. Das ist bei jedem Regierungswechsel so. Nicht alles konnte erreicht werden. Das muss in der nächsten Legislaturperiode dringend behoben werden, egal in welcher Konstellation.

Ausblick

Die GdP hat sich in den vergangenen Jahrzehnten parteiisch für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt und wird dies auch weiterhin so machen. Die GdP als Institution stand und steht keiner politischen Richtung und Partei nahe, sie ist keiner Partei verbunden. Was zählt, sind der Umgang, die Art und Weise der Diskussion und letztlich die Ergebnisse.

Die GdP hat im Vorfeld der Landtagswahl alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, auf Grundlage ihres Attraktivitätsprogramms Wahlprüfsteine zugesandt. Die Antworten darauf sind auf den nächsten Seiten zusammengefasst. Unsere Forderungen und die Aussagen der Parteien werden damit präsent. Daran werden wir die Verantwortlichen nach dem 15. Oktober auch messen. Wer nach dem oftmals beliebten Motto „Versprochen - Gebrochen“ oder „Was interessiert mich das Gesagte von gestern“ agieren sollte, den wird die GdP stellen. Sollte es in Teilbereichen kei-

ne oder nur kleine Schnittmengen geben, so werden wir mit den Protagonisten diskutieren und versuchen, sie zu überzeugen.

Die GdP will, dass es mit der Polizei weiter vorangeht, dass wir genug Nachwuchs bekommen und noch attraktiver werden, dass es für diejenigen, die sich seit Jahrzehnten in der Organisation und für die Innere Sicherheit sowie in den Servicebereichen einsetzen, noch bessere Perspektiven gibt und dass auf Augenhöhe miteinander kommuniziert wird.

Unsere Wahlempfehlung lautet: Wählen gehen und extremen Positionen keine Chance geben!

Die GdP und ihre Funktionsträger auf allen Ebenen werden sich auch weiterhin, wie gewohnt, deutlich, pragmatisch, gut vernetzt, im konstruktiven Dialog und ohne „Hardlinertum“ für die Interessen der Polizeibeschäftigten und der ehemals Beschäftigten einsetzen. Darauf ist Verlass!

„Richtungsweisend. Mit Sicherheit“

Dietmar Schilff

Erwähnenswert waren auch die Gespräche mit:

- dem Ministerpräsidenten Stephan Weil
- dem Finanzminister Peter-Jürgen Schneider
- der Sozialministerin Cornelia Rundt
- der Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz
- den Staatssekretären
- der SPD-Fraktion, Fraktionsvorsitzende Johanne Modder, Ulrich Watermann, Klaus-Peter Bachmann, Karsten Becker, Michael Höntsch, Petra Tiemann, Bernd Lynack, Karl-Heinz Hausmann, Detlef Tanke, Doris Schröder-Köpf
- der CDU-Fraktion, Fraktionsvorsitzender Björn Thümler, Johanne-Heinrich Ahlers, Thomas Adasch, Rudolf Götz, Horst Schiesgerisch, Angelika Jahns, Jens Nacke, Editha Lorberg
- der Grünen-Fraktion, Fraktionsvorsitzende Anja Piel, Meta Janssen-Kucz, Belit Onay, Thomas Schremmer, Julia Willie Hamburg
- der FDP-Fraktion, Fraktionsvorsitzender Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen



Konkrete Verbesserungen 2013–2017

- 459 zusätzliche Einstellungen 2016 und 2017
- 2.500 zusätzliche Beförderungen, 1.250 nach A 10 und 1.250 nach A 11
- Wiedereinführung der Heilfürsorge, Absenkung des Eigenanteils von 1,6% auf 1,3%
- Erhebliche Investitionen in Schutzausstattung, Fahrzeugpark, Liegenschaften, Bodycams, teleskopierbarer Einsatzstock, Technik
- Rücknahme des begrenzenden Dienstpostenkonzeptes, Schaffung der Bündelung von Dienstposten A 9 bis A 11. Alle Sachbearbeiter/-innen der Polizeiexekutive können auf ihrem Dienstposten wieder A 11 werden
- Anerkennung des OVG-Urteils zu Bereitschaftszeiten und Umsetzung der 1:1-Anrechnung der anfallenden Stunden sowie Abgeltung der seit 2005 bei Castor-Transporten angefallenen Bereitschaftsstunden
- Erstmals seit 20 Jahren Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Erhöhung der Zulage für Spezialleistungen
- Bessere Beteiligung der Beschäftigten durch Mitarbeiterbefragung, direkte Gespräche von Innenminister Pistorius durch Besuche in allen PDen und guter Umgang mit der GdP und Personalräten
- Verbesserung der Mitbestimmung durch neues Personalvertretungsgesetz
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Verwaltung“
- Schaffung von 235 Tarif- und Verwaltungsbeamten/-innen-Stellen, dadurch Freisetzung und Möglichkeiten der Perspektive für Verwaltungsbereiche
- Intensivierung des Gesundheitsmanagements

Was ist liegengeblieben? Wo muss weitergearbeitet werden?

- Kritik an Einrichtung einer Beschwerdestelle
- Kritik am Vorhaben der Kennzeichnungspflicht (konnte aber durch GdP verhindert werden)
- Keine Umsetzung der Ergebnisse einer AG Beurteilung in ein modernes Stellenbewirtschaftungssystem
- Trotz Stellenhebungen weiter Problem nach A 10 (zum Stichtag 1. Juli 2017 gab es rund 7.300 Kommissare/-innen, davon 1.800 mit Standzeit von zehn Jahren und länger). Weiterhin Pensionierungen mit A 9
- Keine Rücknahme der Lebensarbeitszeitverlängerung
- Keine Rückkehr zu bzw. kein Einstieg in eine Sonderzahlung (Weihnachtsgeld)
- Weiterhin zu geringe Perspektive für Tarif und Verwaltung

Was die Parteien für die Polizei tun wollen



„Mehr Polizistinnen und Polizisten“, „Denen den Rücken stärken, die für uns stark sind“ oder „Lebendige Demokratie und starker Rechtsstaat“ – mit solchen und ähnlichen Slogans betonen alle vier Parteien, die bislang im Niedersächsischen Landtag vertreten waren, wie wichtig ihnen die Innere Sicherheit ist.

CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP versprechen, mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen und diese besser auszustatten. Sie wollen auch, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt bzw. attraktiver wird. Damit kommen sie den Grundforderungen der GdP nach, die im Juni ihr Attraktivitätsprogramm für 2018–2022 vorgelegt hat – inklusive zahlreicher Forderungen an die Politik. Im Vorfeld der vorgezogenen Neuwahlen in Niedersachsen hat die Redaktion des Landesjournals darauf basierend 13 Fragen an die Parteien entwickelt. Ziel war es, möglichst konkrete Aussagen zu den wichtigsten Anliegen der GdP zu bekommen. Entstanden sind so exklusive, auf die Polizei in Niedersachsen abgestimmte Wahlprüfsteine, die als Entscheidungshilfe dienen können.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Es bestätigt sich einmal mehr, dass das fortwährende Bemühen um Verbesserungen Früchte trägt, wenn die Gewerkschaft immer wieder – öffentlich wie auch in Gesprächen hinter den Kulissen des Polit-Vorhangs – auf Missstände und Möglichkeiten hinweist und immer wieder den berühmten Finger in die berühmte Wunde legt.

Fast einmütig erklären die Parteien, dass Polizistinnen und Polizisten schnellere und bessere Aufstiegschancen haben sollen. A 11 als Einstiegsamt hält die CDU dabei allerdings für nicht so gut. Wenn es nach den Christdemokraten geht, werden 3.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Die anderen kündigen immerhin jeweils 1.000 an. Das gemeinsame Studium soll bleiben, lediglich die FDP will den von der GdP abgelehnten DirektEinstieg bei der Kripo wieder ermöglichen. Alle Parteien wollen auch die Verwaltung stärken, damit die Vollzugsbeamtinnen und -beamten entlastet werden. Einen eigenen Studiengang Verwaltung an der Polizeiakademie hält lediglich die SPD für eine „interessante Idee“. Weihnachts- und Urlaubsgeld würden alle Parteien gerne wieder einführen. Es fehlt allerdings am Geld, sagen sie. Vorerst stünden daher die DuZ-Zulage wie auch andere Zulagen im Vordergrund. An der Lebensarbeitszeit will keine Partei rütteln, versprochen werden – auch im Hinblick auf Regelungen zur Altersteilzeit und zum Vorruhestand – flexible Konzepte.

Die einzelnen Antworten auf unsere Fragen haben wir stichwortartig in einer Tabelle zusammengefasst, die auf der nächsten Doppelseite abgedruckt ist. Die ausführlichen Antworten der vier Parteien haben wir auf der Homepage der GdP Niedersachsen veröffentlicht. So kann sich jede und jeder selbst ein Bild machen und überlegen, welche Partei in Sachen Innere Sicherheit am ehesten bei ihm oder ihr punkten kann und seine oder ihre Kreuze bei der Wahl am 15. Oktober verdient hat.

AH



Wann werden Sie das Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamtinnen und Beamte wieder einführen?	Prüfung einer stufenweisen Wiedereinführung. Vorerst Erhöhung Polizei- und DuZ-Zulage. Neue Zulage für mehrtägige, geschlossene Einsätze.	Abhängig von der finanziellen Lage des Landes. Deshalb: unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.	Sonderzahlung für alle Beschäftigten des Landes wäre angemessen. Haushalts-Konsolidierung hat Priorität. Wiedereinführung von Urlaubsgeld nicht vorgesehen.	Wiedereinführung begrüßenswert. Prüfung unter Berücksichtigung der Haushaltsentwicklung. In erster Linie Verbesserung der allgemeinen Bezahlung.
Blieben Sie beim gemeinsamen Studium (Ausbildung) und der anschließenden Spezialisierung durch Fortbildung?	Ja. Und Fachlaufbahnen für Cybercrime-Ermittler.	Wir halten an der einheitlichen polizeilichen Laufbahn fest.	Große Bandbreite von Kompetenzen wünschenswert. Überprüfung: Ggf. Ausweitung der Ausbildung für einige Spezialbereiche.	System soll bleiben. Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten: Duale Ausbildung in der BePo. Direkteinsteig bei der Kripo wieder ermöglichen.
Planen Sie eine Veränderung der Lebensarbeitszeit für Vollzugsbeamtinnen und -beamte?	Kein Bedarf an weiterer Erhöhung.	Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Moderne, flexible (Lebens-) Arbeitszeitmodelle.	Keine Veränderung geplant.	Keine lineare Erhöhung des Renteneintrittsalters.
Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass den Beschäftigten im Polizeidienst wieder die Chance auf Altersteilzeit eingeräumt wird? Welche Regeln für den Vorruhestand planen Sie?	Keine Veränderungen geplant.	Berufsfähigkeit möglichst lange erhalten, aktives Gesundheitsmanagement.	Entwicklung innovativer Konzepte: flexible Vollzeitarbeit entsprechend der Einsatzmöglichkeiten, gerade auch Lebensälterer, inkl. Gesundheitsmanagement.	Keine Änderungen an den bestehenden Regeln. Flexible Lösungen mit „Lebensarbeitszeitkonten“ und ggf. Sonderregelungen für jahrzehntelangen Schichtdienst.
Wann können die Polizistinnen und Polizisten mit einer Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten auf mindestens 5 Euro rechnen? Wird diese Zulage dynamisiert?	Wir werden die Zuschläge für Dienste zu ungünstigen Zeiten erhöhen und die Polizeizulage auf 200 Euro monatlich erhöhen.	Fortlaufende Überprüfung. Höhe bedarf einer Anpassung. Geplante DuZ-Erhöhung: Sonntag und Feiertage 4 €/h, Samstag 1,20 €/h, Nacht 2,40 €/h. Im Fokus auch Funktionszulagen.	Weitere Verbesserung wünschenswert. Prüfung und Umsetzung nach Möglichkeit.	Anhebung auf mindestens 4 €/h so schnell wie möglich. Debatte über Dynamisierung mit Haushaltsberatungen 2019. Prüfung und Anpassung auch anderer Zulagen.
Werdn Sie einen eigenen Studiengang „Verwaltung“ an der Polizeiakademie einrichten? Und wann?	Die CDU plant vorerst keine Einführung eines eigenständigen Verwaltungsstudiengangs für Verwaltungskräfte im Polizeidienst.	Interessante Idee. Bedarfsge-rechte Prüfung, ob und wann sinnvoll.	Aktuell nicht notwendig.	Momentan planen wir keine Einrichtung eines Studiengangs „Verwaltung“.
Werdn Sie die Privatisierungen im Bereich z.B. von Reinigung und Werkstätten wieder rückgängig machen? Wann?	Keine Rücknahme. Entscheidung über Vergabe im Einzelfall.	Regelmäßig kritische Überprüfung. Rücknahme im Einzelfall.	Dienstleistungen innerhalb oder extern auf den Prüfstand, ggf. Änderungen.	Nein, momentan ist dies nicht geplant.

Die vollständigen Antworten auf die Wahlprüfsteine finden Sie auf www.gdp.de/Niedersachsen



Zusammenfassung der Wahlprüfsteine der GdP zur Inneren Sicherheit

Partei	GdP-Frage				
<p>Wie und wann werden Sie die Wartezeiten auf eine Beförderung von A 9 nach A 10 verkürzen (z.B. Sternchenvermerk)?</p>		<p>Ziel ist, die Wartezeit nach A 10 auf unter zehn Jahre zu reduzieren.</p>	<p>Wir werden jedem Polizeibeamten und jeder Polizeibeamtin eine Aufstiegsperspektive nach Besoldungsstufe A 11 bieten.</p>		<p>Wir werden jedem Polizeibeamten und jeder Polizeibeamtin eine Aufstiegsperspektive nach Besoldungsstufe A 11 bieten.</p>
<p>Wie viele Stellenhebungen, welcher Art und in welchem Zeitraum planen Sie?</p>		<p>Möglichst schnell. Wie schnell uns dies gelingt, hängt auch von der weiteren Entwicklung der Haushaltslage des Landes ab.</p>	<p>Hebung von 1.500 Stellen von A 9 nach A 11 = 3.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten.</p>		<p>Auch in Zukunft werden wir uns für ein weiteres Stellenhebungsprogramm einsetzen.</p>
<p>Wann führen Sie A 11 als Einstiegsamt nach dem Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen ein?</p>	<p>Wir wollen die Zahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten insgesamt um 3.000 auf ca. 22.000 Personen erhöhen.</p>	<p>Einstiegsamt A 11 nach dem Studium würde das Gefüge auch gegenüber den anderen Beschäftigtengruppen ins Wanken bringen.</p>	<p>Regelmäßige Überprüfung der Amtsangemessenheit der Besoldung und Anpassung bei Bedarf.</p>	<p>A 11-Einstieg wäre wünschenswert. Zunächst erreichte Verbesserungen vorstigen, vorrangig insb. Reduzierung der Standzeiten A 10.</p>	<p>Wir wollen den Personalkörper der Polizei dauerhaft um mindestens zusätzlich 1.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erhöhen.</p>
<p>Wann und wie viele Vorratseinstellungen planen Sie über die Anzahl der Pensionierungen hinaus, um den Personalmangel in der Polizei zu beheben?</p>	<p>Wir werden in der nächsten Legislaturperiode 1.000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten schaffen.</p>	<p>Wir wollen die Zahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten insgesamt um 3.000 auf ca. 22.000 Personen erhöhen.</p>	<p>Schaffung zusätzlicher Einstellungsmöglichkeiten für Vollzug und Verwaltung. Bereits erfolgte Einstellung von Expertinnen und Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus.</p>	<p>Schaffung zusätzlicher Einstellungsmöglichkeiten für Vollzug und Verwaltung. Bereits erfolgte Einstellung von Expertinnen und Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus.</p>	<p>Wir wollen zusätzlich zum 1.000er Programm 300 zusätzliche Verwaltungsstellen schaffen, um Vollzugsbeamtinnen und -beamte von administrativen Aufgaben zu entlasten.</p>
<p>Wie werden Sie das Freisetzungsprogramm fortsetzen, um mehr Exekutivbeamtinnen und -beamte in den Vollzugsdienst zu bekommen?</p>	<p>Zusätzliches Personal für Verwaltung, Fachlaufbahn einführen, Stabsmodelle optimieren.</p>	<p>Wir werden in der nächsten Legislaturperiode 1.000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten schaffen.</p>	<p>Schaffung zusätzlicher Einstellungsmöglichkeiten für Vollzug und Verwaltung. Bereits erfolgte Einstellung von Expertinnen und Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus.</p>	<p>Wir wollen zusätzlich zum 1.000er Programm 300 zusätzliche Verwaltungsstellen schaffen, um Vollzugsbeamtinnen und -beamte von administrativen Aufgaben zu entlasten.</p>	<p>Wir werden in der nächsten Legislaturperiode 1.000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten schaffen.</p>
<p>Wann werden Sie einen einheitlichen Stellenplan für Polizeivollzug und Verwaltung einführen, um damit auch die Fortführung des Freisetzungsprogramms zu erleichtern?</p>	<p>Nein, stattdessen Fachkarriere für Verwaltungskräfte.</p>	<p>Einstellung zusätzlicher Expertinnen und Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus. Fachpersonal zur Entlastung von Verwaltungs- und IT-Aufgaben.</p>	<p>Schaffung zusätzlicher Einstellungsmöglichkeiten für Vollzug und Verwaltung. Bereits erfolgte Einstellung von Expertinnen und Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus.</p>	<p>Wir werden die Einführung eines einheitlichen Stellenplans für Polizeivollzug und Verwaltung prüfen.</p>	<p>Wir werden die Einführung eines einheitlichen Stellenplans für Polizeivollzug und Verwaltung prüfen.</p>



**GdP-Seniorenreise vom 06.05. bis zum 13.05.2018
für Niedersachsen und Schleswig-Holstein**



GdP Seniorenreise

Montenegro – die schöne Unbekannte am Mittelmeer

Information und Buchung:

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover
Telefon 05 11 / 5 30 38 10
Telefax 05 11 / 5 30 38 50
service@gdp-service.de



ab **929,-** *
* Einzelzimmerzuschlag 100,-



Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab Hamburg oder Hannover in der Economy-Class bis/ab Dubrovnik
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 07/2017)
- Transfers am An- und Abreisetag
- Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC) im 4-Sterne-Hotel (Landeskategorie) Hotel Princess in Bar
- 7 x Frühstück und 7x Abendessen

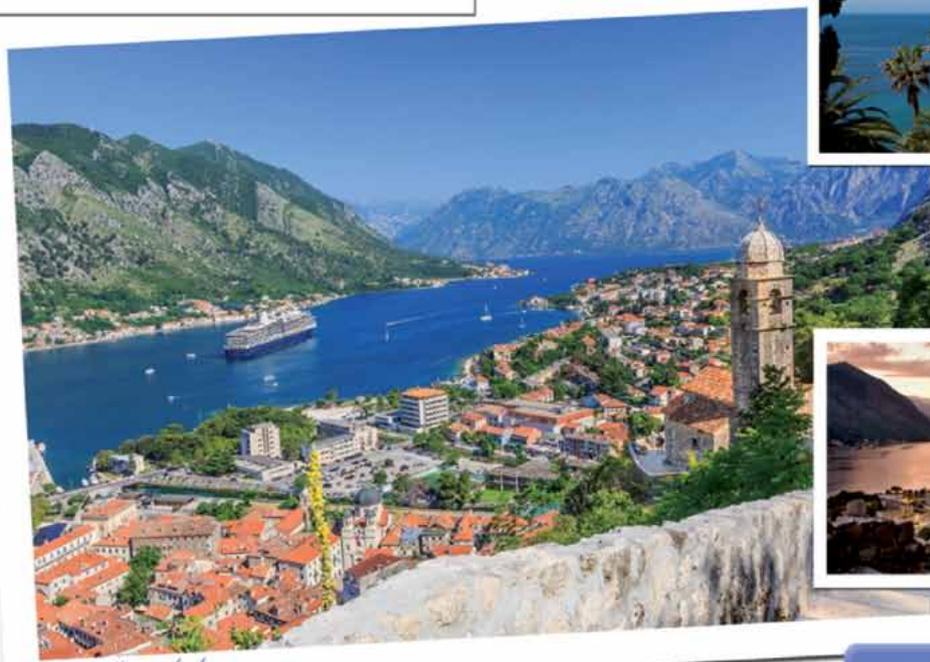
Höhepunkte Ihrer Reise:

- Königliches Cetinje und bezauberndes Kotor
- Einzigartiger Moraca-Canyon
- Stadtbesichtigungen in Podgorica, Bar, Budva und Ulcinje
- Besuch der Flussmündungsinsel Ada Bojana
- Alle Eintrittsgelder
- Speziell qualifizierte deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung
- Ausgewählte Reiseliteratur

Mehr Erlebnis:

Teilnehmerzahl mind. 20 Personen. Preis p.P.

- Ganztagesausflug „Faszinierendes Albanien (4. Tag) € 55,-
- Ganztagesausflug Ostrog und Skutarisee mit Schifffahrt inklusive Mittagimbiss (6. Tag) € 45,-



Toller Urlaub



gdp-service.de



Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Weitere Informationen und Angebote im Internet unter www.gdp-service.de

Flug-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Mindestteilnehmerzahl 30 Personen



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Oldenburg-Land

Am 17. August 2017 trafen sich die Mitglieder der Kreisgruppe Oldenburg-Land auf Einladung ihres ersten Vorsitzenden Sven Hoopmann zur Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Mongolei in Ganderkese-Hoyerswege. Als besondere Gäste konnten der Leiter des Polizeikommissariats, Markus Voth, und der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Jörg Mildahn, begrüßt werden.

Nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und der Hervorhebung von Beteiligungen an gewerkschaftlichen Aktionen regional als auch landesweit standen die Vorstandswahlen an.

Der erste Vorsitzende Sven Hoopmann, der zweite Vorsitzende Hergen Rüscher sowie der Kassenwart Jörn Tellmann wurden in ihrem Amt bestätigt. Raphael Radzieowski wurde zum neuen Schriftführer gewählt. Die Vertreterin der JUNGEN GRUPPE (GdP), Katharina Schmidt, der Vertreter der Tarifbeschäftigten, Michael Schmidt, und der Vertreter der Seniorinnen und Senioren, Manfred Rautenberg, bleiben dem Vorstand ebenfalls einstimmig für die nächsten vier Jahre erhalten. Für die nächsten zwei Jahre konnte darüber hinaus Irmaud Kastendiek als Kassenprüferin gewonnen werden.

Da sich Jörg Hübner und Irmaud Kastendiek aus persönlichen Gründen nicht wieder erneut für ein Amt zur Wahl stellten,



Sven Hoopmann (rechts) ehrt Hergen Rüscher für 25 Jahre Mitgliedschaft.

Foto: RR

wurden sie durch Sven Hoopmann für ihr Engagement und ihre langjährige Vorstandsarbeit geehrt.

Ehrungen erhielten auch Manfred Rautenberg (für 40 Jahre Mitgliedschaft) und Hergen Rüscher (25 Jahre Mitgliedschaft), die bereits seit etlichen Jahren treue Mitglieder der GdP sind. Die Ehrung für Daniela Schmidt (25 Jahre Mitgliedschaft) musste aufgrund von Abwesenheit auf einen späte-

ren Zeitpunkt verschoben werden. Abschließend berichtete Jörg Mildahn eindrucksvoll aus der Arbeit des Landesvorstandes.

Nach der Schließung der Jahreshauptversammlung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das anschließende Büfettessen nutzen, um in ungezwungener Atmosphäre über verschiedenste Themen zu diskutieren.

Raphael Radzieowski

Sommerfest der Kreisgruppe Lüneburg

Das diesjährige Sommerfest der Kreisgruppe Lüneburg fand am 8. August in der Marinekameradschaft in Lüneburg statt.

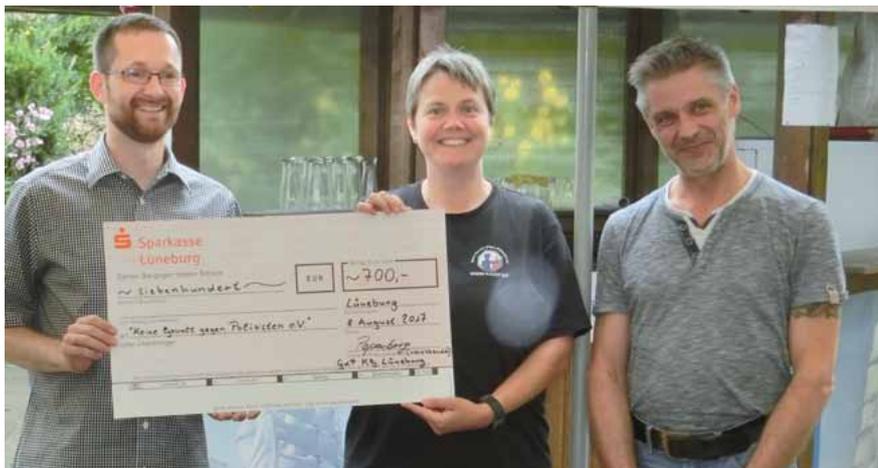
Der Kreisgruppenvorsitzende Hauke Papenberg begrüßte bei sommerlichem Wetter 30 aktive und ehemalige Kolleginnen und Kollegen.

Anlässlich des vergangenen Polizeiballes der Kreisgruppe Lüneburg wurde für den Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“ eine Spendensammlung durchgeführt. Als besonderer Gast des Sommerfests war nun Vereinsvorsitzende Gerke Minrath anwesend. Während ihres Urlaubes in Lüneburg konnte ihr der Spendenscheck über 700 Euro überreicht werden. Hauke Papenberg und sein Stellvertreter Torsten Bahlinger würdigten während der Übergabe nochmals die Arbeit des Vereins. Sichtlich erfreut über die großzügige Spende dankte Gerke Minrath, die selbst Mitglied der GdP ist, den Anwesenden.

Sie erläuterte den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern die Arbeit des Vereins, welcher hauptsächlich in Rheinland-Pfalz angesiedelt ist. Weitere Informationen über den Verein sind unter www.kggp.de zu finden.

Bei guten Gesprächen und einem reichhaltigen Grillbuffet ließen es sich anschließend alle gut gehen.

Hauke Papenberg



Hauke Papenberg (links) und Torsten Bahlinger (rechts) überreichen Gerke Minrath die Spendenbescheinigung.

Foto: HP



Termincheck

**JHV KG Osnabrück
am 18. 10. 2017**

Die GdP-Kreisgruppe Osnabrück lädt zu ihrer Jahreshauptversammlung am 18. Oktober 2017, um 16:30 Uhr, in das Restaurant der Landkreisverwaltung Osnabrück am Schölerberg ein!

Alle Kreisgruppenmitglieder sind herzlich eingeladen! Neben den üblichen Programmpunkten und der Rede unseres Landes- und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff steht dieses Jahr die Neuwahl des Kreisgruppenvorstandes auf der Tagesordnung. Wie immer wird es im Anschluss etwas für das leibliche Wohl geben! Für Rückfragen und Anmeldungen stehen Jörg Plogmann unter der Telefonnummer 0541/327-2608 und Oliver Kemme unter 0541/327-2609 gerne zur Verfügung. Sie können sich auch mit einer E-Mail an gdp.kg.os@gmail.com anmelden.

Oliver Kemme

**JHV der KG Hildesheim
am 26. 10. 2017**

Am Donnerstag, den 26. Oktober 2017, findet ab 15 Uhr die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Hildesheim im Raum 601 der Polizeiinspektion Hildesheim statt.

Im Rahmen der JHV werden langjährige Mitglieder für ihre Mitgliedschaft geehrt. Außerdem wird der Landesvorsitzende Dietmar Schilff zu aktuellen Themen Stellung nehmen.

Im Anschluss werden Getränke und ein kleines Essen gereicht.

Über eine rege Beteiligung würden wir uns freuen.

Stefan Bode

**JHV der KG Oldenburg-Stadt
am 2. 11. 2017**

Die Kreisgruppe Oldenburg-Stadt lädt seine Mitglieder am 2. November 2017 um 16:30 Uhr, zur diesjährigen Jahreshauptversammlung ein. Sie findet in der Liegenschaft der Polizeiakademie Oldenburg, PA-Kantine Seminarraum 2 (ehemaliger Blauer Salon) statt. Für das leibliche Wohl wird mit einem Buffet gesorgt.

Anmeldungen bitte an Marcus Grube unter der Erreichbarkeit

0171/5481937 oder per E-Mail an marcus.grube-gdp@ewe.net

Marcus Grube

**JHV der KG Emsland
am 16.11.2017**

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Emsland findet am Donnerstag, den 16. November 2017 um 17 Uhr, in der Gaststätte Klaas/Schaper, Frerener Straße 37 in 49809 Lingen, statt. Hierzu sind alle KG-Mitglieder herzlich eingeladen.

Für die Seniorinnen und Senioren der KG werden wir wieder bei Kaffee und Kuchen einen Seniorenstammtisch veranstalten. Dieser soll bereits um 16 Uhr starten.

Nach der Veranstaltung sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen.

Benedikt Kreimer

**JHV der KG Goslar
am 23. 11. 2017**

Die GdP-Kreisgruppe Goslar führt am Donnerstag, den 23. November 2017, um 15:30 Uhr, in der Aula der Polizeiinspektion Goslar ihre Jahres-

hauptversammlung durch. Im Anschluss soll wie gewohnt ein gemeinsames Essen stattfinden.

Pensionärinnen und Pensionäre, die teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei Jörg „Jockel“ Homann unter der Rufnummer 05321/339-400 anzumelden

Ulrich Munschke

NACHRUF

*Die Gewerkschaft der Polizei –
Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgende verstorbenen
Kolleginnen und Kollegen:*

Alburg, Michael, 3. 2. 1951
Krs.-Gr. Göttingen

Scharmentke, Peter, 12. 3. 1943
Krs.-Gr. Heidekreis

Scherf, Werner, 22. 9. 1939
Krs.-Gr. Hannover Stadt

Stute, Klaus, 25. 3. 1937
Krs.-Gr. Göttingen

*Wir werden ihr Andenken in
Ehren halten.*

IN EIGENER SACHE

Neuer Landesredakteur für Niedersachsen

Das Landesjournal Niedersachsen hat seit dem 1. September 2017 einen neuen verantwortlichen Redakteur. Philipp Mantke hat das Amt von Christopher Finck übernommen, der seit gut zweieinhalb Jahren die regionalen Seiten betreut und mit spannenden Inhalten gefüllt hatte. Die Redaktion dankt Christopher Finck für die verantwortliche Arbeit und freut sich, dass er dem Team auch weiterhin mit seiner Erfahrung zur Verfügung steht. Polizeikommissar Philipp Mantke (28) arbeitet im Be-

reich Öffentlichkeitsarbeit der Zentralen Polizeidirektion in Hannover. Er ist seit 2008 bei der Polizei und seitdem Mitglied in der GdP. „Das Arbeiten an der Zeitung ist für mich eine inhaltlich positive Bereicherung. Ich hoffe, dass ich der DP auch viel Positives zurückgeben kann. Es ist auf jeden Fall eine tolle neue Herausforderung.“ Der neue Landesredakteur freut sich über jede Zuschrift aus den Kreis- und Bezirksgruppen wie auch aus den Personengruppen und Fachausschüssen. **AH**



**Philipp Mantke ist
neuer Landes-
redakteur für die
GdP-Niedersachsen.**

Foto: AH

